

## Informationen aus dem NÖ Landtag



## Budgetsitzung 16. + 17. Juni 2010

**Im ersten Tagesordnungspunkt erfolgte die Budgetrede von LH Stv. Sobotka mit anschließender Generaldebatte der Klubobleute**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/05/559/559.htm>

Klubobmann Gottfried Waldhäusl bezeichnete das vorliegende Budget aufgrund der ausgeprägten sozialen Kälte als sVerbrechen an der Familie Niederösterreich%. Demnach hat es noch kein Budget gegeben, das vergleichbar radikale Einschnitte im sozialen Bereich beinhaltet hat. Er wies darauf hin, dass sich die Gesamtschulden des Landes trotzdem auf 5,5 Milliarden Euro erhöhen. Heftige Kritik übte Waldhäusl daran, dass man die größten Einsparungen in den Bereichen Familie, Soziales, Schule, Kindergarten und Pendler macht. Als fahrlässig bezeichnete Waldhäusl den Umstand, dass man auch bei den Katastrophenschutzbauten und der Katastrophenhilfe massiv einspart. Mit dieser Maßnahme würde man auch viele Freiwilligenorganisationen, wie etwa die Feuerwehr, im Stich lassen. Als dritte große Verfehlung bezeichnete Waldhäusl die Einsparungen im Bereich der Wirtschaftshilfe. Hier würde man durch das Aussetzen der

Förderung noch viele weitere Arbeitslose und einen Anstieg der Quote in Kauf nehmen. Diese Maßnahme bedeutet auch einen drastischen Rückgang bei den Lehrstellen, der zulasten der Jugend geht.

Er kündigte an, dass die FPÖ über 30 Verbesserungsvorschläge in Form von Anträgen einbringen wird und ersuchte die ÖVP um eine faire und sachliche Debatte. Der Klubobmann wies darauf hin, dass sich die Bürger dieses Landes an den Grenzen ihrer Belastbarkeit befinden und keine weiteren Einschnitte, verkraften können. Er verwies dabei auf die bevorstehende Gebührenerhöhungswelle, die etwa beim Müllverband Waidhofen an der Thaya bereits durchgeführt wurde. Hier hat man die Müllgebühren um 30% erhöht. Den Bürgern fehlt durch Gemeindegebührenwahnsinn und dieses Budget bereits die Luft zum Atmen, dieser Weg ist daher zum Scheitern verurteilt und die FPÖ wird dem Voranschlag aus diesem Grund auch nicht zustimmen.

## Als Nächstes folgten die Spezialdebatten zu den einzelnen Gruppen

### Gruppe 0 - Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Klubobmann Gottfried Waldhäusl sprach davon, dass eine Verwaltungsreform nötig sei, bei der Doppelgleisigkeiten beseitigt werden müssten. Es gelte, in der Verwaltung dort zu sparen, wo die Bürger keinen Nachteil daran erleiden würden. Den Gemeinden sei Hilfeleistung zu geben, allerdings nicht mittels Gebühren, die öffentliche Hand müsse sich hier entsprechende Gedanken machen. Großes Einsparungspotenzial ortete er im Bereich Repräsentation der Landesregierung, wozu er einen [Abänderungsantrag](#) einbrachte.  
(abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne)

Abgeordneter Benno Sulzberger meinte, im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltungsreform müsse die öffentliche Verwaltung effizienter gestaltet werden. VP und SP zeigen dazu keinen Willen. Oberösterreich könnte hier als Vorbild genommen werden.

### Gruppe 1 - Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Abgeordneter Erich Königsberger meinte, die Ausgaben für Repräsentation steigen, beim Katastrophenschutz und beim Zivilschutz werde gespart. Auch das Feuerwehrewesen erhalte laut Budgetvoranschlag 2011 um eine Million Euro weniger, obwohl die Anzahl der Katastropheneinsätze laufend steige. Heftige Kritik übte Königsberger am Umstand, dass man trotz explodierender Kriminalität nicht Willens ist, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Diese sind seiner Ansicht nach das einzige Mittel gegen das überbordende Verbrechen. Er brachte daher einen [Resolutionsantrag betreffend sofortige Wiedereinführung der Kontrollen an Österreichs Grenzen durch die Exekutive ein](#).  
(Abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)

Klubobmann Gottfried Waldhäusl hob hervor, seine Fraktion sage ein klares Ja zum Ehrenamt und zu den Freiwilligen. Die Arbeit der Freiwilligen könne man gar nicht hoch genug einschätzen. Täglich gebe es Meldungen, die darüber berichten, dass die Freiwilligen zu jeder Tages- und Nachtzeit

gerufen werden, weil die Naturkatastrophen immer mehr werden. Weiters wies er darauf hin, dass speziell bei der Feuerwehr nicht nur die Anschaffungskosten für neues Gerät massiv gestiegen sind, sondern dass dafür auch viel umfangreichere Schulungsmaßnahmen notwendig werden. Auch dieser zusätzliche Zeitaufwand von Freiwilligen sollte entsprechend gewürdigt werden. Er brachte einen Resolutionsantrag betreffend ausreichende Budgetierung von Katastrophenschäden ein. Weiters brachte er einen [Resolutionsantrag zum Thema Zukunftsvertrag für unsere Blaulichtorganisationen ein.](#)

*(Abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne)*

Abgeordneter Erich Königsberger sagte, die Errichtung des Bündelfunknetzes diene der Erhöhung der Einsatzbereitschaft und der Bündelung aller einsatzorganisationen. Er kritisierte allerdings auch den Umstand, dass es im Vorfeld keine verlässliche Kostenkalkulation gegeben hat. Immerhin sind die Gesamtkosten auf das Zwei- bis Dreifache gestiegen (von 9 auf 30 Mio. Euro).

## **Gruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**

Abgeordneter Ing. Martin Huber meldete sich zum Thema Bildung zu Wort und stellte fest, dass es in der Lehrerausbildung viele, erhebliche Defizite gebe. Kritik übte er auch am aufgeblähten Beamten- und Verwaltungsapparat. In der Folge brachte er deshalb einen [Resolutionsantrag betreffend Abschaffung des Landesschulrates](#) *(abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)* und der Bezirksschulräte ein. Einen weiteren [Resolutionsantrag brachte die FP betreffend Sicherung der Ausbildung zur Erhaltung der Volksschule Mistelbach III \(Siebenhirten-Hörersdorf\)](#) *(abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)* ein. Weiters ging er auf die Reform des Bildungssystems ein und forderte Chancengleichheit ein. Er brachte daher einen [Resolutionsantrag betreffend Deutsch als Schul- und nicht nur Unterrichtssprache](#) *(abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)* ein.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl kritisierte, die Bestellung von Lehrerinnen bzw. Lehrern an Schulen sei in den meisten Fällen nicht ausreichend objektiviert. So sei in der Ver-

gangenheit bei Direktorenbesetzungen viel zu oft nach Parteizugehörigkeit vorgegangen worden. Er stellte klar, dass es nicht sein könne, dass man mit 54% der Wählerstimmen 100% der Macht ausübt. Lob sprach der Klubobmann gegenüber LR Bohuslav für die völlig unpolitische Führung des Sportressorts aus.

Abgeordneter Benno Sulzberger meldete sich zum Bereich Wissenschaft zu Wort: Ohne Forschung gebe es keine Erkenntnisse, keine Entwicklung und somit auch keinen Fortschritt. Der wissenschaftliche Vorsprung müsse auch weiterhin gewährleistet sein, um den Standort Niederösterreich abzusichern. Im Bereich Wissenschaft und Forschung dürfe nicht gespart werden. Ein [Abänderungsantrag der FPÖ fordert dementsprechend Umschichtungen des](#) Budgets von der Kultur zur Forschung. *(abgelehnt Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)*

### **Gruppe 3 - Kunst, Kultur und Kultus**

Abgeordneter Benno Sulzberger umschrieb Kultur als höchste Ausdrucksform, die sich mannigfaltig in der Kunst äußere. Seine Fraktion trete für die

Freiheit der Kunst ein. Er merkte an, dass die Kulturwirtschafts GmbH eine Erhöhung im Budget erfahren habe. Hier bleibe die Frage, ob eine Vielzahl von Gesellschaften nötig sei. Er brachte daher einen [Abänderungsantrag betreffend Senkung des Budgetansatzes in der Gruppe 3 ein](#). *(abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne)* Die freiwerdenden Gelder sollten dann für sozial- und familienpolitische Zwecke verwendet werden.

Abgeordneter Ing. Martin Huber widmete sich dem Musikschulbereich und konstatierte, dass die Änderung eine "Absage ans lebenslange Lernen sei" und überdies der Philosophie des Landes Niederösterreich widerspreche. Es sei zu bedenken, dass Musik Generationen verbinde. Gerade deshalb sprach er sich auch massiv dagegen aus, dass Musikschulstunde für Erwachsenen nun kostenpflichtig werden sollen. Er brachte daher einen [Resolutionsantrag betreffend Sicherung der Erwachsenenbildung an den NÖ Musikschulen ein](#). *(abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ)*

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meinte, die Mitglieder der NÖ Dorf- und Stadterneuerung würden einen wichtigen Beitrag zur hohen Lebensqualität im Land leisten und zusätzlich zu den Aktivitäten der anderen Vereine zur Vielfalt des Kulturlebens in den Kommunen beitragen. Die Freiheit und Möglichkeiten bei den Aktivitäten für die NÖ Dorf- und Stadterneuerung seien vielfältig und werden ebenso auch genutzt. Er bedankt sich daher bei allen freiwilligen Mitarbeitern der Dorferneuerung in NÖ.

#### **Gruppe 4 - Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung**

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meinte, im Bereich der Wohnbauförderung hätte man im Budgetvorschlag 2011 vorausschauend mehr Gelder veranschlagen müssen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Weiters kritisierte er die großen Unterschiede für Mieter zwischen geförderten und nicht geförderten Wohnungen im Bereich der Wohnbeihilfe. Im Zusammenhang mit der Veranlagung der Wohnbaugelder vermutete er einen bereits einzukalkulierenden Verlust von rund einer Milliarde Euro. In diesem Zusammenhang brachte er einen [Resolutions-](#)

[antrag betreffend Rückzug aus den Wohnbauspekulationen ein](#) (abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP)

Abgeordneter Edmund Tauchner kritisierte die im Budget veranschlagten Kürzungen im Sozialbereich. Diese Entwicklung würde in Anbetracht der immer noch steigenden Lebenshaltungskosten zu sozialen Ausgrenzungen ganzer Bevölkerungsgruppen führen. Ein Abänderungsantrag der FPÖ fordert eine Budgetierung zumindest wie im Vorschlag 2010. [Ein Resolutionsantrag der FPÖ fordert einen Stopp der Postämterschließungen in Niederösterreich.](#) (abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP)

Abgeordneter Ing. Martin Huber sagte, dass Niederösterreich "keine Insel der Seligen" sei, und kritisierte insbesondere die herrschende Jugendarbeitslosigkeit. Zudem gab er an, dass es auch zahlreiche Menschen in Kurz- und Leiharbeit gebe. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brachte er einen [Resolutionsantrag betreffend Sicherung von Ausbildungsplätzen ein.](#) (abgelehnt: Zu-

stimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) Einen weiteren [Resolutionsantrag brachte er zur Sicherung der Arbeitsplätze mit Schwerpunkt auf Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des Arbeitsmarktes](#) (abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) ein. Im Rahmen seiner Rede setzte sich Huber auch für die Einführung eines Burkaverbotes zum Schutz im Straßen- und Sicherheitsbereich, sowie zur Wahrung der Würde der Frau ein er stellte daraufhin den [Resolutionsantrag betreffend Prüfung eines Verbots der Vollverschleierung für Frauen im öffentlichen Raum](#) (angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne)

### **Gruppe 5 – Gesundheit**

Abgeordneter Ing. Martin Huber sprach sich dafür aus, dass das Krankenhaussystem in Niederösterreich erhalten werden solle, insbesondere müsse die Notversorgung dezentral erhalten werden. Er kritisierte, dass im Gesundheitsbudget des Landes der Posten "ökologisches Gartenland Niederösterreich" enthalten sei, für den 5,1 Millionen Euro veranschlagt würden. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um das Budget für die sGarten Tulln%o, das hier offenbar

verschleiert werden sollte. Hinsichtlich des Pflegebereichs forderte er die ÖVP dazu auf, auch die privaten Pflegeheime in Niederösterreich zu nutzen. Punkto Krankenkasse betonte er, dass der Schuldenberg weiter wachse. Er forderte, die E-Card mit Bild zu versehen. Er brachte daher einen [Resolutionsantrag betreffend bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen](#) (abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP) sowie einen [Resolutionsantrag betreffend Zusammenlegen der Krankenkasse und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen](#) (abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) ein. Einen dritten [Resolutionsantrag brachte er betreffend Abschaffung der Seuchenvorsorgeabgabe](#) (abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) ein.

Abgeordneter Benno Sulzberger nahm Bezug auf die angekündigte Erweiterung des Reaktors Temelin, die ein Schlag ins Gesicht der Kernkraftgegner sei. Landesregierung und Bundesregierung seien aufgefordert, alle möglichen Mittel auszuschöpfen, um diese Erweiterung zu verhindern. Er forderte "heraus aus dem Atom-

stromimport" sowie "verstärkt hinein ins Zeitalter der erneuerbaren Energie". Er brachte einen

[Resolutionsantrag betreffend Nein zum weiteren Ausbau des AKW Temelin - Ausstieg aus EURATOM ein.](#) (abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP)

### **Gruppe 6 - Straßen- und Wasserbau, Verkehr**

Abgeordneter Erich Königsberger betonte die Notwendigkeit einer Offensive für den Nahverkehr und einer Belegung der Nebenbahnen. Aktuell hätten rund 267.000 Landsleute ihren Arbeitsplatz außerhalb des Wohnbezirks, weshalb die Infrastruktur vor allem beim öffentlichen Verkehr zu verbessern sei. Dadurch würde auch den Umweltzielen besser entsprochen werden. Die Kürzung der Pendlerhilfe um fast 40 Prozent kritisierte Königsberger heftig. Hinsichtlich der Nebenbahnen kritisierte er, dass noch nicht bekannt sei, wo eine Einstellung zu erwarten seien. Generell seien Revitalisierungen notwendig. [Daher brachte er einen Resolutionsantrag betreffend Investitionsoffensive zur Verbesserung des Nahverkehrs und zur Erhaltung der Nebenbahnen nach der Übernahme durch das Land](#)

[Niederösterreich](#) (Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) ein.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl meinte, dass man die Menschen zur Annahme des Waldviertelbus-Konzepts motivieren müsse. Die Franz Josefs-Bahn habe für das Waldviertel oberste Priorität und müsse erhalten werden, da sie für viele Pendler die einzige Möglichkeit sei, öffentlich nach Wien zu kommen. In einem [Resolutionsantrag forderte er die sofortige Absicherung der Franz Josefs-Bahn und die Errichtung einer Autobahn/Schnellstraße für das Waldviertel.](#) (abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Ablehnung ÖVP, Grüne)

Klubobmann Gottfried Waldhäusl sagte, Gemeinden und Wasserverbände leisteten im Bereich der Wasserversorgung und -entsorgung Großartiges. Mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie seien Probleme mit bestehenden Wehranlagen an der Thaya entstanden. Er brachte daher einen [Resolutionsantrag betreffend Erhaltung der Wehranlagen des Thayatales](#) (Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ) ein.

### **Gruppe 7 Æ Wirtschaftsförderung**

Abgeordneter Karl Schwab sprach sich für gerechte, kostendeckende Preise und eine Abkehr vom Ausgleichszahlungssystem in der Landwirtschaft und aus. Bei Verwaltung, Kultur und Bürokratie werde nicht gespart. Bei der Landwirtschaft hingegen sehr wohl, z. B. beim Güterwegebau, bei der Erhaltung der Güterwege, den Strukturverbesserungen und beim Bodenschutz, nicht hingegen bei der Interessenvertretung. In Niederösterreich müssten pro Tag fünf Bauern ihre Höfe verlassen, die Bauern könnten sich ihre Sozialversicherung nicht mehr leisten. Er forderte abschließend daher für die Landwirte ein Einkommen zum Auskommen.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl sprach zu den Bereichen Landwirtschaft und Energie: Wenn die Landwirtschaft europaweit gerettet und die Klimaziele erreicht werden sollen, werde man sämtliche Flächen und deren Bewirtschafter brauchen. Wenn die Landwirtschaft einmal jener Faktor sein werde, der die Häuser beheize, werde das auch zu gerechten Preisen beitragen. Das Motto soll sein, dass der Landwirt zum Energiewirt wird. Im Hinblick auf die Hagelversicherung forderte Waldhäusl mehr Transparenz

über deren Leistungen und brachte daher einen Resolutionsantrag ein. Er fordert darin einen jährlichen Bericht der Hagelversicherung an den Landtag.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl stellte fest, dass im Budget 2011 sei zu wenig Geld für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen vorgesehen ist. Wer in Krisenzeiten an der falschen Stelle spare, könne negative Impulse auslösen. In Bezug auf die ausgelagerten Landesbetriebe meinte er, auch diese müssten vom Landtag bzw. vom Rechnungshof kontrolliert werden dürfen. Dazu gehörten auch der Flughafen, die FIBEG oder ecoplus. Er brachte in diesem Zusammenhang vier Resolutionsanträge betreffend "[Keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe](#)" (*abgelehnt: Zustimmung FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ*), "[RH Überprüfung von Konzernen mit Mehrheitsbeteiligungen bzw. Beherrschung der öffentlichen Hand](#)" (*Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*), "[einheitliche Regelung betreffend Managerbonuszahlungen](#)" (*Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP*) und "[Senkung der Energiepreise - Zweckbindung der](#)

EVN-Gewinne für Heizkosten-  
zuschuss" (Zustimmung FPÖ, Ab-  
lehnung ÖVP, SPÖ, Grüne) ein.

**Gruppe 8 Ë Dienstleistungen**

Keine Wortmeldungen

**Gruppe 9 Ë Finanzwirtschaft**

Keine Wortmeldungen

**Dauer der Sitzung rund 26 Stunden**